

Pensionen sind finanzierbar!

Erst werden den Unternehmen, Banken und Reichen Milliarden in den Rachen geworfen, dann wird gesagt, es seien Pensionen nicht finanzierbar. Dann werden Pensionen gekürzt und schließlich werden sie verkauft. Versicherungskonzerne und etablierte Politik machen Pensionen zu einem System aus Diebstahl, Angst schüren, und Profit machen.

Seite 2

Sozialistischer Durchbruch in USA

Kshama Sawant, Aktivistin von Socialist Alternative, der US-Schwesterorganisation der SLP, schaffte die Sensation: Sie wurde mit einer offen sozialistischen Kampagne in den Stadtrat von Seattle gewählt. Wir interviewten Kampagnenorganisatorin Jess Spear über die Kampagne, über sich ausbreitende soziale Kämpfe in den USA und die Rolle von SozialistInnen.

Seite 12

Schwerpunkt

Wenn es um Roma und Sinti geht, gibt es jede Menge Vorurteile. Tatsächlich ist ihre soziale Lage oft dramatisch und sie stehen im Fadenkreuz der Rechten. Eine Analyse. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 224 | 12.2013

Widerstand organisieren - Sparpaket stoppen!



Rosarot war der Wahlkampf der SPÖ. Von der letzten funktionierenden Sozialpartnerschaft war von der niedrigsten Arbeitslosigkeit Europas und dem Kanzler mit starker Hand zu hören,

hat es Österreich noch nicht so hart erwischt wie andere Länder. Das will die neue Regierung jetzt ändern: Geschätzte € 20 Milliarden fehlen im alten Budget, darauf hat sich die Regie-

Öffentlichem Dienst, Erwerbslosen, PensionistInnen usw. kamen. Nur der Beitrag der Reichen wurde „vergessen“: Weder kam die Finanztransaktionssteuer, noch kann das Steuerabkommen mit der Schweiz mehr als einen relativ kleinen Einmal-Effekt bringen. Die Steuerhinterzieher-Karavane sucht sich einfach ein neues Steuerparadies.

Das Gerede um „Luxuspensionen“, den Öffentlichen Dienst und die Spitäler lässt schon die ersten Kürzungs-Bereiche erkennen. Das größte Bildungssparpaket seit Jahren, von einigen auch nett „neues LehrerInnen-

dienstrecht“ genannt, ist ja auch schon auf dem Weg.

Besonders diese Bereiche sollten sich schon jetzt auf Widerstand einstellen. Aber kein Budgetposten im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich ist sicher. Auch über Privatisierungen (z.B. ÖBB) wird schon wieder diskutiert.

Gleichzeitig machen die Arbeitgeber Druck auf jeden KV, um uns so gleich doppelt für die Krise zahlen zu lassen. Unsere Löhne sinken und unsere Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, während ihre Dividenden steigen.

Das ist ein Generalangriff der Reichen und ihrer

Regierung, die uns auf den griechischen Weg schicken wollen! Höchste Zeit, dass sich die 99 % in Österreich dem europaweiten Widerstand gegen Krise und Kapitalismus anschließen!

Tilman M. Ruster

Die SLP fordert:

- Für wirklich unabhängige Gewerkschaften – die Bindung an SPÖ/ÖVP schadet den Gewerkschaften nur!
- Alle Opfer der Sparpolitik gemeinsam: bundesweite Aktionen gegen die Kürzungen bis hin zum Streik!
- Für eine neue Partei der ArbeiterInnen und Jugendlichen!

Die Lügen der Regierung werden uns teuer zu stehen kommen – wenn wir nicht kämpfen!

dem wir das alles zu verdanken hätten. Der Stolz der SPÖ auf die höchste Arbeitslosenrate der 2. Republik hat schon einige gewundert, aber tatsächlich

rung geeinigt. Es hieß, das „Stabilisierungspaket“, das von 2013-2016 € 27,8 Milliarden einsparen würde, würde die Krise für uns lösen. Und die Kürzungen bei

Der Standpunkt

von Sonja Grusch ...sangen „Ton-Steine-Scherben“ 1972. Ein gewerkschaftliches Grundprinzip. Doch die Performance der Gewerkschaften anlässlich der Proteste von LehrerInnen gegen das neue Dienstrecht ist katastrophal. Die Lügen von Medien und Regierung, die LehrerInnen als faule Halbtagskräfte mit monatelangen Ferien und Spitzenbezügen porträtieren, werden teilweise 1:1 übernommen. Die Speerspitze übernehmen dabei SPÖlerInnen. Und zwar nicht nur aus taktischen Gründen, weil die GÖD „schwarz“ dominiert ist, sondern weil die SPÖ eben keine ArbeiterInnenpartei mehr ist. Ein gewisser Dietmar Keck, der seit 11 Jahren monatlich 8.306 Euro als

Allein machen sie dich ein...

SPÖ-Nationalratsabgeordneter bezieht und sich als „Arbeiter“ verkauft, wettet gegen LehrerInnen. Das nächste Mal sind es dann andere angeblich „privilegierte“ ÖBBler, Postler, der Öffentliche Dienst.... Warum überlassen die Gewerkschaften das Informationsmonopol der Regierung und ihren Medien? In der „Solidarität“ gibt es Kochrezepte, aber keine Erklärungen, wo die Probleme beim neuen LehrerInnendienstrecht liegen. Dafür lassen sich die Gewerkschaften scheibchenweise Verschlechterungen gefallen: Hier eine Nulllohnrunde, dort die Aufsplittung der Verhandlungen. Bei diesen eine Arbeitszeitflexibilisierung und bei jenen Reallohnverluste. Solidarität für Proteste in anderen Branchen gibt es kaum. So kommt es zu einer „wo waren die, als es bei uns Angriffe gab“ Stimmung. Und wenn die kapitalistische Logik und der Blödsinn, dass „wir alle sparen müssen“ auch von GewerkschafterInnen kommt, dann ist es für Unternehmen ein Leichtes.

Über eine solche Gewerkschaft können sich Regierung und KapitalistInnen nur freuen – sie ist nicht gefährlich, erfüllt aber prächtig die Aufgabe, die Beschäftigten ruhig zu halten. Trotzdem: Kein Grund, den ÖGB zu verlassen – sondern ihn zurückzugewinnen, durch kämpferische BasiskollegInnen!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Das Geschäft mit den Pensionskürzungen

Eine private „Pensionsvorsorge“ ist für NiedriglohnbezieherInnen nicht leistbar. Außerdem ist sie meist Abzocke und verlustreich für die Versicherten, wie Studien von Arbeiterkammer und VKI zeigen. „Private Vorsorge“ bringt Profite für Versicherungen (notfalls springt der Staat ein) und ist ein gutes Geschäft mit der Angst. Privatisierung von Pensionen dient dazu, neue ertragreiche Investitionsfelder für Kapi-

tal zu schaffen, das anderswo nicht profitabel investiert werden kann. Wer sich keine Versicherung leisten kann, krank oder arbeitslos ist, hat Pech. Propagiert und vom Staat gefördert wird die „private Vorsorge“ schon länger. Die sich als „soziale Heimatpartei“ darstellende FPÖ hat ihrem arbeitnehmerfeindlichen Charakter entsprechend das sogenannte „3-Säulen-System“ im



Hackeln bis zum Umfallen?

Neoliberale Konzepte mit privater Pensionsvorsorge, Sparpakete mit Pensionskürzungen und Forderungen nach höherem Pensi-

losigkeit sollen wir länger arbeiten. Das bedeutet für ältere oder kranke ArbeitnehmerInnen keine Jobs, sondern AMS-Schi-

Zeit, ihn endlich von unten zu führen und massive Arbeitszeitverkürzung, unbefristetes Arbeitslosengeld, unbefristete Kran-

Wir können es nicht mehr hören: Pensionen seien nicht finanzierbar, es müsse "Reformen" geben...

onsantrittsalter wechseln einander ab. Die Debatte über „Luxuspensionen“ ist das neueste Ablenkungsmanöver, das keinen Cent für „kleine“ PensionistInnen bringen wird. Schon das Wort „Reform“ ist eine gefährliche Drohung: Wir sollen mehr zahlen, länger arbeiten, weniger bekommen. Alles läuft auf dasselbe hinaus: Altersarmut für immer mehr Menschen, Profite für Wenige. Trotz steigender Arbeits-

kanen und Armut. Der Arbeitsdruck steigt, Menschen werden durch ihre Arbeit krank und prekäre Beschäftigung wuchert. Unternehmen wollen ältere ArbeitnehmerInnen loswerden, weil Junge billiger zu haben sind. Gleichzeitig wird uns, wenn wir alt und/oder krank sind, die Pension verwehrt. Die Leier über die „Unfinanzierbarkeit“ der Pensionen ist nichts als Klassenkampf von oben. Es ist höchste

kenversorgung und Pensionen in der Mindesthöhe von 1.700 € für alle zu erkämpfen. Es ist ein Fortschritt, dass Menschen älter werden. Durch technologischen Fortschritt ist nicht mehr, sondern weniger Arbeit erforderlich. Das Geld ist da. Wir müssen es uns aber von dort holen, wo es ist. Nicht unsere Pension, sondern die herrschende Elite ist unfinanzierbar.

Helga Schröder



Gleichstellung durch Verschlechterung?

Im Bildungswesen sehen wir seit den 1990er Jahren eine Anpassung an die Bedürfnisse der Wirtschaft. Öffentliche Schulen und Universitäten werden ausgehungert und private Bildungseinrichtungen forciert. Klassen werden größer, LehrerInnen fehlen. Das neue Dienstrecht wird weitere Verschlechterungen auch für die SchülerInnen bringen. Öffentliche Unis müssen Werbung für Firmen plakatieren, um an Geld zu

kommen, die Lehrinhalte werden an kurzfristig von der Wirtschaft benötigtes Wissen angepasst. Wer es sich leisten kann, schickt seine/ihre Kinder an Elite-Schulen und -Unis. Die Nachhilfeindustrie boomt, Unternehmen freuen sich über billige, nach ihren kurzfristigen Bedürfnissen zurechtgebogene AbsolventInnen und Gratis-PraktikantInnen. Die Verantwortung wird auf LehrerInnen und Eltern abgewälzt.



Vorwärts in in die Vergangenheit!

Die Schuldiskussion ist im vollen Gange – und die Meinungsmachenden setzen weiter Kurs aufs 19. Jahrhundert. Nicht,

tende Aufnahmetests an Gymnasien empfohlen – wohl um die Gymnasien von den Schichten der ArbeiterInnenklas-

mitmischen. Jetzt wird der Hahn zugedreht. Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren winken an den Unis.

samtschule, sondern nur eine Hauptschule mit anderem Namen. „Es gibt keine 'friedliche Koexistenz' zwischen Gymnasien und nicht-gymnasialen Schulen.“ schreibt Uni-Wien Professor Karlheinz Gruber. Er hat recht. Die Teilung des Schulsystems muss überwunden werden, eine echte Gesamtschule für alle von sechs bis 18 muss her. Mit ausreichend finanziellen Mitteln, gut bezahlten und pädagogisch geschulten LehrerInnen, mit soviel Inklusion wie möglich, soviel innerer Differenzierung wie nötig und echter Schuldemokratie. Und die kann nicht mit, sondern nur gegen die herrschende Politik umgesetzt werden.

Sebastian Kugler

Statt endlich eine Gesamtschuldebatte zu führen, werden Schotte zu höherer Bildung dichtgemacht.

dass Österreich nicht ohnehin schon eines der zurückgebliebensten Bildungssysteme Europas hätte. Unmengen an empirischen Material beweisen die Ungerechtigkeit des „gegliederten“ Schulsystems. Die Chance auf einen AHS-Abschluss steht bei städtischen Akademikerkindern bei 86% – bei ländlichen Nicht-Akademikerkindern bei 7%. Nun werden verpflich-

se, die sich in den letzten Jahrzehnten den Zugang zu höherer Bildung erkämpften, zu säubern. Besonders in der Krise ist es wichtig, „Proletenkindern“ zu hohe Bildungserwartungen auszutreiben. Die Wirtschaft braucht Amazon-RegalschlichterInnen und McDonalds-KassiererInnen. Im Nachkriegsaufschwung durften ArbeiterInnen ein bisschen in der höheren Bildung

Die „Bildungsexperten“ scheuen die Gesamtschule wie der Teufel das Weihwasser und beschwören Untergangsszenarien. In wissenschaftlich-pädagogischen Kreisen herrscht hingegen Schockstarre – Man versteht nicht, warum die Politik nicht auf die erarbeiteten fortschrittlichen Konzepte (weg von Tests, weg von Noten) eingeht bzw. sie völlig entstellt. Die Neue Mittelschule ist keine Ge-

Der rechte Rand

Dass auf die etablierten Parteien im Kampf gegen Rechtsextremismus kein Verlass ist, zeigte sich bei der Wahl des 3. Nationalratspräsidenten Norbert Hofer erneut. Über 80 % der Abgeordneten sprachen sich für den Kandidaten der FPÖ aus. Vor dem Hintergrund der Erkrankung Prammers und somit des gestärkten Einflusses des 2. und 3. Nationalratspräsidenten bedeutet die Wahl Hofers zusätzlichen Einfluss Rechtsextremer im Parlament. Hofer versucht, sich ein Saubermannimage zu verpassen. Dahinter steckt jedoch eine rechtsextreme Gesinnung. Er ist Mitglied der Burschenschaft Marko-Germania, die „stolz die Farben Schwarz-Rot-Gold“ trägt. Dazu passend ist er verantwortlich für das FPÖ-Parteiprogramm von 2011, das das Bekenntnis zur deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft wieder aufgenommen hat – ein klassisch deutschnationaler Code. Asyl für Homosexuelle findet er bedenklich.

1997 bezeichnete er die Wehrmachtausstellung als „perversem Exhibitionismus der Linken“. Immer wieder fällt er durch seine Kritik am Verbotsgesetz auf, forderte z.B. 2008 eine Volksabstimmung darüber. Jüngst kritisierte Hofer das Verbotsgesetz, es würde sich „mit der Meinungsfreiheit spielen“. Auch der Kontakt zur rechtsradikalen Szene ist nicht von der Hand zu weisen. So gab er 2011 für die NPD-Zeitschrift „hier&jetzt“ ein Interview. Auf Facebook ist er in einer dubiosen Gruppe, die von Antisemiten und Göring-Fans administriert wird. Die SPÖ hat Graf zu einem „würdigen“ Nachfolger verholfen!

Lukas Kastner

Die Pensionsspirale nach unten

2012 bezogen 2.273.628 Personen eine gesetzliche Pension/Rente/Beamtenpension. Durchschnittliche Höhe: € 1023,- Durchschnitt bei ArbeiterInnen: € 807,- Frauen: durchschnittlich € 817,-; Arbeiterinnen € 625,- Ausgleichszulage: für Alleinstehende bei € 837,63; für Paare € 1.255,89. 24% aller PensionistInnen sind einkommensarm. Obwohl eigentlich abgeschafft, beträgt die durchschnittliche PolitikerInnen-Pension € 9.375,-.

Die wichtigsten „Reformen“:

1984/85: Anhebung Beiträge. 1987: Erhöhung Bemessungszeiten von 10 auf 15 Jahre, Streichung der Schul- und Studienzeiten für Pensionsberechnung, Aufschiebung Pensionsanpassung, Einschränkung für Witwen/Witwer. 1992: Erhöhung Eintrittsalter von Frauen 1993: Vorzeitiger Antritt bei Erwerbsunfähigkeit: Männer 57, Frauen 55, Anrechenbarkeit von 4 Kindererziehungsjahren, Einführung Gleitpensi-

on, Umstellung auf Nettoanpassung 1996: Abschläge bei früherem Antritt, Rehab statt Pension 1997: Senkung Bundesbeitrag, Harmonisierung (nach unten) von Öffentlichem Dienst und ASVG 2000: Hacklerregelung – gleichzeitig verschärfte Abschläge für frühen Antritt 2003: Frühpension abgeschafft, Anhebung Eintrittsalter, Ausweitung der Bemessungsgrundlage auf 40 Jahre 2004: Einführung Pensionskonto (lebenslange Durchrech-

nung), Korridorpension und Schwerarbeiterregelung, Pensionsanpassung am Verbraucherindex, Nachhaltigkeitsfaktor: statistische Lebenserwartung beeinflusst Beiträge, Eintrittsalter... 2012: Abschaffung Invaliditätspension. 2014: „Hacklerregelung“ erschwert: Anstieg Eintrittsalter von 55/60 auf 57/62, Einführung von Abschlägen, nachgekaufte Zeiten & Krankengeldbezug werden nicht mehr als Versicherungsjahre akzeptiert

Am 30.1.1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Hitler zum deutschen Reichskanzler. Mit diesem Tag beginnt der Aufbau der Nazidiktatur. Einen organisierten Massenwiderstand gab es nicht. Verantwortlich war die verheerende Politik von KPD und SPD. Dennoch gab es vereinzelt Widerstand, der zeigt, wie es hätte gehen können.

Ein besonderes Beispiel dafür ist der einzige Generalstreik gegen die Machtübernahme Hitlers in Mössingen, einer Stadt mit ca. 4.200 Einwohnern. Auf einen Aufruf der württembergischen KPD hin versammelten sich am 31.1. ca. 100 AntifaschistInnen, zu einer kämpferischen De-

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

monstration unter dem Slogan: "Heraus zum Massenstreik".

Die Demonstration zog von einem Betrieb zum nächsten. Immer mehr schlossen sich den streikenden ArbeiterInnen an. Leider blieb der Streik in Mössingen isoliert und konnte so von der Polizei zerschlagen werden. 80 Beteiligte wurden verhaftet und landeten teilweise in Konzentrationslagern.

Trotzdem können wir aus diesem Streik lernen. Er lässt die Entschlossenheit der ArbeiterInnenklasse zum Kampf gegen den Faschismus erkennen. Hätte die deutsche ArbeiterInnenklasse über eine geeinte und entschlossene Führung verfügt, die sich mit aller Kraft und rechtzeitig dem Faschismus entgegen stellt, hätte der Widerstand ein ganz anderes Niveau erreicht. Der Faschismus hätte zurückgeschlagen werden können. Zig Millionen Menschen wären so durch einen gemeinsamen Widerstand der ArbeiterInnenklasse gerettet worden.

Christoph Glaninger



Auslagern – Profit vor Qualität

Das Auslagern von Arbeitsplätzen, also das Weitergeben der betriebsinternen Arbeit an Drittfirmen, ist neben Privatisierungen

unternehmen und dem drittgrößten Privatarbeitgeber weltweit.

Die bittere Realität dieser Strategie: schlech-

den Olympischen Spielen 2012 und bis heute unaufgeklärte Foltervorfälle in den Privatgefängnissen in Südafrika. In Ös-

Spitätern, Schulen, Kindergärten etc. aus. G4S ist nur ein groteskes, aber anschauliches, Beispiel für die Folgen des Auslagerns. PolitikerInnen versuchen so auf Kosten von Beschäftigten und Qualität die Budgets zu schönen und sich aus der Verantwortung zu ziehen.

Der Staat bedankt sich für die erbrachte Leistung: Als 2011 die Angestellten von G4S in Maputo, Mosambik, gegen unfaire Lohnkürzungen streiken wollten, musste die Aktion abgesagt werden. Laut Arbeitsminister wäre diese „illegal“ und die Gewerkschaftsführung sah die Sicherheit der Beschäftigten gefährdet.

Nikita Tarasov

Das Beispiel von G4S zeigt, warum es schlimm ist, Arbeitsplätze auszulagern.

eine beliebte Kürzungsmaßnahme von privaten wie öffentlichen Betrieben. In Theatern gehört diese Technik des Wirtschaften schon länger zum Alltag. Kürzlich kam das durch den Protest eines Ticketabreissers beim Burgtheater ans Tageslicht. Diese sind, wie der Großteil des Personals, nicht bei den Theatern angestellt, sondern bei G4S – dem größten Sicherheits-

unternehmen und dem drittgrößten Privatarbeitgeber weltweit. Die bittere Realität dieser Strategie: schlechtere Löhne, miesere Arbeitsbedingungen und beschränkte Rechte für die oft prekär Beschäftigten, und meistens auch eine niedrigere Qualität von Leistungen. Denn wie sonst sollen die Arbeitskräfte billiger sein als im „Mutterbetrieb“ und dabei noch Profite abwerfen? G4S ist mit massiven Vorwürfen konfrontiert: ein getöteter Schubhäftling, Betrug, Versagen bei

terreich hat G4S ab 2014 in Vordernberg die Kontrolle über ein Schubhäftenzentrum...

Auslagerung ist allgegenwärtig: viele Sozialeinrichtungen, zusammengefasst im „BAGS“, erbringen Leistungen bei Pflege und Betreuung, die der Staat lieber an billigere Privatfirmen abgibt. Bund und Länder lagern Reinigung, Küche, Sicherheit in

Banken in der Krise: Den Preis zahlen die Angestellten!



Trotz Bankenrettungspaketen, trotz Unsummen, die SteuerzahlerInnen den Banken hinterhergeworfen haben: Jammern zählt auch in der Großfinanz zum Handwerk.

Zu spüren bekommen das nicht die Top-ManagerInnen mit ihren Milliardengehältern, sondern jene 80.000 Lohnabhängigen, die uns z.B. am Bankschalter begrüßen. 86 % von ihnen arbeiten regelmäßig länger als zehn Stunden/Tag. 43 % beklagen, dass

sie nur wenig oder gar keine Überstundenvergütung bekommen.

Nur 2,55 % mehr Gehalt gab's 2013 – Die Bankenchefs wollten eine Nulllohnrunde. Auch wird Personal abgebaut. Im ersten Krisenjahr 2008 gingen weltweit mehr als 100.000 Jobs im Bankensektor verloren. Bis 2015 will die Bank Austria in Österreich 800 Stellen streichen. Auch andere Banken bauen Personal ab, schließen Filialen. Die BAWAG hat seit

2010 350 Stellen gestrichen. Weitere sollen 2014 folgen.

Die Banker behaupten, sie hätten kein Geld. Doch weder Beschäftigte noch KundInnen sind schuld an der Krise. Allein die BAWAG sitzt noch auf 500 Millionen Euro Staatsgeld! Rückzahlung ist nicht geplant, dafür die Ausschüttung von Gewinnen und Dividenden. Wir sagen: Sofort verstaatlichen und Banken zum Wohle der Allgemeinheit führen!

Christian Bunke

Innsbruck: 2.500 gegen Burschenschaftertreffen

Der Widerstand gegen Burschenschaften steigt. Die starken Mobilisierungen gegen den WKR-Ball in den letzten Jahren und auch die Demos gegen ihr „Totengedenken“ am 8. Mai haben im ganzen Land Spuren hinterlassen. Das musste auch die „Deutsche Burschenschaft“ Ende November feststellen.

Diese ist der Dachverband rechtsextremer deutscher Burschenschaften. Ihr extremster Flügel propagiert z.B. die Einführung eines „Arier-Nachweises“ für Mitglieder. In Deutschland war der Widerstand gegen ihr Treffen zu groß – dort gab es in den letzten Jahren immer stärkere antifaschistische Mobilisierungen gegen rechte Treffen. Sie wollten nach Österreich ausweichen. Doch sie hatten die Rechnung ohne das breite Bündnis „Innsbruck gegen Faschismus“ gemacht.

Das Bündnis, dessen Teil auch die SLP war, übte in den Wochen vor dem Treffen massiven öffentlichen Druck aus, sodass die Stadt den Vertrag aufkündigte, der es den Rechtsextremen gestattet hätte, ihr Treffen in der Innsbrucker Messe abzuhalten. Die Burschis mussten sich am Stadtrand stark dezimiert treffen. Ein kleiner Demonstrationszug von ihnen am Vormittag stieß auf lautstarken spontanen

Protest, der auf brutale Polizeirepression traf.

Zu Mittag demonstrierten dann 2.500 Menschen gegen das Treffen. Die Demonstration war lautstark und kämpferisch. Die SLP war mit einem starken Block präsent: AktivistInnen und SympathisantInnen aus Innsbruck, Wien, Salzburg, Linz und Gmunden waren dabei. Wir verkauften über 50 „Vorwärts“ und sammelten über 100€ an Spenden ein. Leider gelang es nicht, das Treffen zu verhindern: Dazu hätte es transparentere Organisation und ein klar kommuniziertes Blockadekonzept gebraucht.

Ein Redner der SLP betonte die Notwendigkeit der Verbindung des antifaschistischen Kampfes mit dem Kampf gegen die kapitalistische Krise – Die Rechten formieren sich europaweit, um sich als Pseudo-Alternative zu Spardiktat und Kürzungspolitik zu präsentieren. Dies muss mit einem internationalen Kampf gegen sie und ihr System kontertiert werden. Denn es ist der Kapitalismus, der die Basis für rechte Hetze wie die der Burschenschaften liefert. Die SLP wird auch weiterhin in Innsbruck gegen Rechts aktiv sein.

Mach mit! Melde dich unter tirol@slp.at!

Andreas Sauter und Sebastian Kugler



1 Jahr Flüchtlingsbewegung

Ein Jahr, in dem Flüchtlinge selbst begannen, für Bleiberecht und das Recht zu arbeiten zu kämpfen. Es ist positiv, dass

lang, Abschiebungen zu verhindern und dass das Thema Bleiberecht noch immer präsent ist. Einige Flüchtlinge kamen aus

es darum geht, um die eigenen Rechte zu kämpfen, sollte man sich an den Flüchtlingen ein Beispiel nehmen!“

Am 24.11.2013 „feierte“ die Flüchtlingsbewegung ihren Jahrestag, ein Jahr der Demos und Proteste.

die Bewegung – an der sich die SLP von Anfang an beteiligt hat – noch immer existiert. Leider ist sie aber stark geschrumpft. Zur Protestaktion in Traiskirchen anlässlich des Jahrestags kamen trotz eisiger Kälte rund 100 UnterstützerInnen und Flüchtlinge. In kämpferischen Reden wurde festgehalten, dass es trotz zu geringer Anzahl an AktivistInnen ge-

dem Lager, um die Protestaktion zu unterstützen. Einer der UnterstützerInnen, Aktivist der SLP, sagte: „Viele ÖsterreicherInnen mit denen wir reden meinen, dass die Flüchtlinge sich zu radikal benehmen. Unsere Antwort war immer, dass es auch für österreichische ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und StudentInnen Gründe für radikale Aktionen gibt. Wenn

Wo aber war die Gewerkschaft im letzten Jahr? Hätte die Gewerkschaft im letzten Jahr die Flüchtlingsbewegung aktiv unterstützt und ihre Medien genutzt, um die Mitglieder zu mobilisieren und bewusst zu machen, dass die Interessen die gleichen sind, hätte es sicher mehr zu feiern gegeben.

Yanna Ndiaye



Gegen Rechtsextremismus in Salzburg

NS- und Hakenkreuzschmierereien, Angriffe auf eine Synagoge, Vandalismus an Stolpersteinen und antifaschistischen Einrichtungen. All das und der täglich wiederkehrende Alltagsrassismus trieben am 29. November 600 Salzburger AntifaschistInnen auf die Straße. Die SLP war integraler Bestandteil dieser von der „Plattform gegen Rechts“ organisierten Demonstration. Der Vorschlag, nicht einfach nur eine weite-

re antifaschistische Facebookseite zu starten, sondern aktiv gegen die rechte Gefahr vorzugehen, kam von der SLP. In Form eines Redebeitrages brachten wir unsere Forderungen und unseren Standpunkt ein. Die SLP versuchte damit aufzuzeigen wie wichtig Selbstorganisation ist und dass der ideologische Boden für diese Vorfälle von der FPÖ und dem Sozialabbau der Regierung kommt.

Stefan Reifberger

Termin des Monats



Was bringt die neue Regierung?

„Neue Regierung: Was können wir uns von ihr erwarten? Verbesserungen oder Verschlechterungen?“ – diese Frage stellt die SLP Graz bei einer Veranstaltung am 27. Jänner 2014. Teil der Veranstaltung ist es auch, über Strategien für den Kampf gegen den drohenden Sozialabbau und über Alternativen zu SPÖVP zu diskutieren.

Veranstaltung & Diskussion

Mo., 27. Jänner 2014, um 18.30

Graz, „Stockwerk“, Jakominiplatz 18

Sicht ins Dunkel. Alle Jahre wieder kommt die Kampagne des ORF, das Öffnen der Türchen am Rathaus, der Spendenmarathon mit dem Telefondienst österreichischer Berühmtheiten, die Sondersendungen zum Thema. Man kennt das Prozedere. „Toll“, möchte man sich eigentlich denken, das ist doch unterstützenswert. Und so ruft man bei der ORF Zentrale an und am anderen Ende der Leitung sind da Faymann und Spindelegger und Promis und es ist alles sehr schön und alle sind sehr selbstlos jetzt.

Und doch: man kann sich eines seltsamen Gefühls nicht erwehren, wenn es dann eben genau diese PolitikerInnen

Rote Seitenblicke

sind, die hier zwar (von uns bezahlte) Zeit für die Armen „opfern“, auf der anderen Seite aber das restliche Jahr Kürzungspakete beschließen und Bildungs- und Sozialabbau betreiben, der die Ärmsten der Armen am härtesten trifft. Fast könnte man vermuten, dass es sich bei dieser Aktion für die PolitikerInnen um reine Imagepolitik vor den Kameras handelt. Und dann gibt es noch die Firmen, die sich dank „Licht ins Dunkel“ billig eine von der Steuer abzugsfähige Werbeeinschaltung beim ORF kaufen und das übrige Jahr fest wegrationalisieren wie zum Beispiel die Firma Siemens, die letztes Jahr spendete. Oder SPAR, der in der Schweiz diesen August gerade streikende MitarbeiterInnen entließ und sich auch im Vorjahr unter den Spendablen einordnete. Genau diese Profitlogik produziert die Armut, die mit der ORF Kampagne gelindert werden soll. Vielleicht sollte man aber auch die Wurzel bekämpfen, nicht nur die Symptome.

Clemens Wiesinger



Restitution ist keine Privatisierung

Die Situation ist anders als im Österreich der 1990er: Es ging um ein Klimt-Bild (Bloch-Bauer) und die Rückgabe aus staatlichem Besitz an Private. Man-

man Nazi-Verbrechen damit rechtfertigt.

Viele Restitutionen betreffen keine ultra-teuren Meisterwerke. Und entgegen einem antisemitischen

gemeinde die Eigentumsrechte. Aus den Auktionserlösen konnten weltweit bedürftige Überlebende des Holocaust unterstützt werden.

bedeutender Exponate ein Angebot unterbreitet werden, das (ohne weitere Verzögerungen) materiell und auch ideell angemessene Entschädigung leistet, und

Der Münchener Raubkunst-Fund belegt, wie wenig sich Staat & Kunstmarkt um die Begleitverbrechen des Holocaust scherten.

che beklagten den gesellschaftlichen Verlust wichtiger Kunstwerke. Doch an Kommerzialisierung und Privatisierung ist nicht Restitution schuld, sondern der kapitalistische Kunstmarkt. Wir SozialistInnen stehen für freien Zugang der Öffentlichkeit zur Kunst. Nur AntisemitInnen können schlussfolgern, dass jedes wertvolle Bild, welches JüdInnen gehört, zu enteignen sei bzw.

Vorurteil ist die Mehrzahl der jüdischen NS-Opfer nicht reich. Entschädigungen sind gerecht und nötig. Erwähnt sei der „Mauerbach-Bestand“: Über 1.200 „herrenlose“ Werke eignete sich der Staat in den 70ern gegen einen lächerlich niedrigen Betrag an, nachdem sie Jahrzehnte verborgen vor sich hin alterten. Aufgrund großen öffentlichen Drucks erhielt 1995 die Israelitische Kultus-

Unser Anspruch lautet: Demokratisch verwaltetes gesellschaftliches Eigentum ist die bessere Sachwalterin für das Weltkulturerbe als der kapitalistische Markt. Eine konsequente Restitutionspolitik steht dazu nicht im Widerspruch. Ein ernsthaftes Bemühen um den Erhalt von Kunst für die Öffentlichkeit bedeutet: Den ursprünglichen EigentümerInnen bzw. deren ErbInnen kann im Fall

gleichzeitig die Kunstwerke im öffentlich zugänglichen Raum hält (oder dorthin bringt). Wird das Angebot abgelehnt, ist dies eben so. Am besten könnte solch ein Vorgang mit einer weiteren Aufarbeitung der Geschichte verbunden werden: Einer Geschichte von Verfolgung, Raub und Vernichtung durch das NS-Regime sowie dem skandalösen Umgang damit.

Franz Neuhold

Sotschi: Testlauf für Totalüberwachung!

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB soll bei den olympischen Winterspielen jedwede Kommunikation mittels Internet und Telefon aufzeichnen. Sotschi ist die Generalprobe für die neue Spionagetechnik „SORM“ (System für operative Ermittlungsaktionen). Das Kürzel steht für permanente digitale Totalüberwachung. Die Ankündigungen Putins hat eine internationale Debatte ausgelöst. Echte Proteste gab es aber noch kei-

ne. Schwule und Lesben könnten aufgrund der Verbote in Russland besonders betroffen sein – ihre Organisationen sind bis jetzt auch die einzigen, die zumindest Proteste angekündigt haben. Putin verteidigt die Überwachungsmaßnahmen mit den Enthüllungen Edward Snowdens. Das macht deutlich: die Aktion Snowdens war mutig – aber ohne gemeinsame Kampagne kann sie schnell missbraucht werden. Es wäre die Aufgabe

von Gewerkschaften der SpielerInnen und auch Anderer sowie von Menschenrechtsorganisationen, gemeinsam aktiv zu werden. Besonders wichtig ist es, die Proteste gegen das Internationale Olympische Komitee und die beteiligten Konzerne zu richten. Denn Sotschi ist v.a. ein Riesengeschäft und das wollen sich diese nicht von LGBT- oder Gewerkschaftsprotesten zerstören lassen.

Michael Gehmacher





Roma und Sinti: Im Fadenkreuz der Rechten

Der Fall der kleinen Maria, die in einer Roma-Siedlung in Griechenland entdeckt wurde, bedient die gängigen „Zigeuner“-Klischees: Kindes(ver)kauf, Sozialschmarotzer, Betrug, Betteln und Armut. Der Fall zeigt aber v.a. eines: die dramatische soziale Situation, in der viele Roma und Sinti in ganz Europa leben müssen. Sie gehören zu den ersten Opfern der

se systematischer Unterdrückung und Verfolgung nicht nur durch die faschistische Jobbik, sondern auch durch den Staat unter Orbans Fidesz. In den letzten Jahren gab es eine Reihe von Todesopfern infolge rassistischer Anschläge. Doch auch in anderen Ländern wird das Leben für Roma und Sinti immer schwerer. In Slowenien wurde 2006 ei-

abschiebungen an. Jüngst kam es wieder zum Abriss von Romasiedlungen (die ja das Ergebnis von erzwungener Armut sind, an der sich nach dem Abriss nichts ändert). 2011 gab es in Bulgarien Ausschreitungen gegen Roma. 2013 wurde bekannt, dass in Schweden die Polizei teilweise eigene Roma- und Sinti-Datenbanken führte, in der völlig unbescholtene

nach Rumänien und Bulgarien abgeschoben.

Von staatlicher Seite nimmt die rassistische Politik gegen Roma und Sinti zu. Die Medien machen fleißig mit und zeichnen Bilder, die den Klischees entsprechen. Die Ursachen für die oft dramatische soziale Lage von Roma und Sinti wird meistens ausgeklammert. Oder auf eine letztlich rassistische Ebe-

und Sinti. Und die Politik bedient sich rassistischer Stereotypen, um von der Verantwortung der kapitalistischen Kürzungspolitik abzulenken, die die Ursache der sozialen Probleme ist. Die PolitikerInnen feiern gerne mit Harri Stojka bei „rassiger Musik“, essen ein „feuriges Zigeuner-Schnitzel“ und erfreuen sich an der „bunten Folklore“. Manche Parteien wie die un-

Die Liste der Vorurteile und Klischees ist lang.

Doch was es v.a. gibt, sind soziale Probleme.

Kürzungspolitik und stehen im Fadenkreuz der Rechten. In ganz Europa nehmen Übergriffe und Diskriminierung von Roma zu. PolitikerInnen bedienen Klischees vom „Sozialschmarotzer“ und in Irland nimmt die Polizei einer Romafamilie das Kind weg, weil es blond ist – es ist ihr eigenes, wie sich herausstellt.

In Ungarn sind Roma und Sinti Opfer von teilwei-

ne Roma-Familie durch eine „Bürgerwehr“ vertrieben; ähnliches gab es auch in Tschechien. Die Regierungen schweigen bzw. greifen selbst zu Rassismus und Repression. In der Slowakei wurde eine Mauer zur Abgrenzung von einer Roma-Siedlung errichtet. 2007 und 2008 kam es in Italien zu pogromartigen Übergriffen auf Roma und Sinti und die Regierung kündigte Massen-

Menschen, auch Kinder und Jugendliche, erfasst wurden, nur weil sie Roma bzw. Sinti sind. Betteln sei „keine ehrliche Weise“, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, erklärte der schwedische Migrationsminister als Rechtfertigung für die Abschiebung von Roma. In Dänemark und Finnland gab es 2013 Razzien und Abschiebungen. Frankreich hatte schon 2010 rund 8.000 Roma

ne zurückgeführt, dass Roma und Sinti „halt so sind“ oder „es ihrer Kultur entspricht“ oder „sie es halt nicht anders kennen“. Tatsächlich sind Roma und Sinti sesshaft, arbeiten, schicken ihre Kinder zur Schule – wenn es ihnen möglich ist. In wirtschaftlichen Krisenzeiten sind es immer die Randgruppen einer Gesellschaft, die als erstes erfasst werden. Aktuell sind das u.a. Roma

garische Fidesz setzen sogar Roma auf ihre Liste. Und beschließen am nächsten Tag Kürzungen, die Roma und Sinti den Weg aus der sozialen Misere erschwert. Es ist an der Zeit, dass die ArbeiterInnenbewegung Roma und Sinti als Teil der meistunterdrückten Schichten sieht und den gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung führt.

Sonja Grusch

Diskriminierung von Roma:

50 % haben bereits Diskriminierung am Arbeitsplatz erlebt.



Aber nur 40 % wissen, dass es Gesetze gegen Diskriminierung gibt.

Quelle: European Union Agency for Fundamental Rights, 2012 Grafik: SH

Zahlen und Fakten: Roma & Sinti

- **Begrifflichkeit:** Es finden sich Begriffe für die Menschen bzw. ihre Sprachen/Dialekte wie Sinti, Roma, Kale, Lovara, Kalderas, Gurbet, Kale, Arlije etc. In Westeuropa gibt es v.a. Sinti, in Osteuropa v.a. Roma. Wir verwenden die gebräuchlichste nicht-rassistische Bezeichnung „Roma und Sinti“ als Überbegriff.
- **Zahlen:** In Europa leben geschätzte 10–12 Millionen, sie sind die größte ethnische Minderheit. Alle Zahlen sind bestenfalls grobe Schätzungen, oft wird die Ethnie nicht erfasst bzw. viele Roma und Sinti geben diese wegen der Vorurteile nicht an.
- **In Österreich** gibt es geschätzte 20–50.000 Roma und Sinti (0,3 %); viele kamen als Flüchtlinge in Folge der Jugoslawienkriege.
- **Die meisten** leben in Südosteuropa, in Bulgarien (> 10 % der Gesamtbevölkerung), Mazedonien und Tschechischen (> 9 %), Serbien und Rumänien (> 8 %) und Ungarn (> 7 %).
- **Nur 5 %** migrieren dauerhaft oder saisonal; die meisten sind sesshaft.
- **Armut:** Europaweit sind ein Drittel arbeitslos, 20 % haben keine Gesundheitsversicherung und 90 % leben unter der Armutsgrenze.
- **Die Lebenserwartung** liegt rund 10 Jahre unter jener der Durchschnittsbevölkerung – ein typisches Armutsphänomen.
- **Diskriminierung und Verfolgung:** Bereits in der Monarchie und auch in der Republik Österreich werden Roma und Sinti diskriminiert. 1936 wurde in Wien die Internationale Zentralstelle zur Bekämpfung der „Zigeunerplage“ geschaffen.
- **Während des Nationalsozialismus** wurde die Verfolgung noch bis zum Völkermord gesteigert, dem im Machtbereich der Nationalsozialisten 300 – 600.000 Menschen zum Opfer fielen.
- **Nach 1945** gibt es kaum Wiedergutmachung; in Österreich werden sie erst 1993 als ethnische Gruppe anerkannt.
- **Im Februar 1995** werden vier Roma in Oberwart/Burgenland bei einem Rohrbombenattentat getötet.
- **In den letzten Jahren** werden u.a. aus Schweden, Italien, Frankreich und Österreich Roma und Sinti abgeschoben, in u.a. Ungarn, Italien und der Tschechischen Republik gibt es Pogrome.

Quellen: <http://romani.uni-graz.at/rom-base>, UNICEF, Europarat, Studien zur international und interkulturell vergleichenden Erziehungswissenschaft.

Zwischen „dreckiger Zigeuner“ und „rassige Musiker“ – Vorurteile und Diskriminierung

Die Herkunft der Roma und Sinti ist umstritten, seit vielen Jahrhunderten leben sie in Europa. In vielen Ländern durften sie nur wenige Jobs ausüben – was das Herumziehen zu einer ökonomischen Notwendigkeit machte. Wo es ihnen möglich war, wur-

digkeit als Manövriermasse.

Auch in der Republik Österreich ging die Diskriminierung weiter. 1922 wurden im Burgenland per Erlass Roma und Sinti in ihren Heimatgemeinden festgehalten. 1925 wurden alle Roma und Sin-

weise sogar als Gutachter bei Entschädigungsprozessen. Die meisten Roma und Sinti leben in Ländern, die nach 1945 vom Stalinismus beherrscht waren. Der Umgang war hier widersprüchlich. Sie wurden als Arbeitskräfte gebraucht, was einen gewissen sozi-

Die offizielle Politik findet schöne Worte. Aber das Geld für eine Verbesserung der sozialen Situation fehlt..

den sie sesshaft (z.B. im Burgenland seit über 400 Jahren). Sie waren, auch weil sie als Soldaten und Schmiede benötigt wurden, geduldet. Schon damals wurden sie aber auch verfolgt, u.a. von der – auch heute noch im Burgenland (einfluss)reichen – Familie Esterházy. Unter Maria Theresia und Josef II wurden die Roma und Sinti Ziel von Zwanganpassungsprogrammen: Ihre Sprache und das Herumziehen wurde verboten, sie mussten in „Zigeuner-Häusern“ am Stadtrand leben, durften nur untereinander heiraten und die Kinder wurden ihnen weggenommen (eine Politik, die bis ins 21. Jahrhundert anhält und konträr zum Vorurteil ist, dass „die Zigeuner“ Kinder stehlen würden!). Die erzwungene Sesshaftigkeit steht auch in Zusammenhang mit der Etablierung eines starken Staates. Er wollte über „sein“ Staatsvolk Bescheid wissen und sah dieses je nach politischer, militärischer und wirtschaftlicher Notwen-

ti fotografiert. 1936 wurde in Wien die Internationale Zentralstelle gegen die „Zigeunerplage“ gegründet. Als die Nationalsozialisten 1938 auch in Österreich die Macht übernahmen, war die Vorarbeit schon geleistet. So waren sie z.B. im Burgenland in der „Zigeunerkartothek“ erfasst. Sie fielen nun unter die „Nürnberger Rassegesetze“. Die Vernichtungsquote bei Roma und Sinti war extrem hoch und wird auf bis zu 90 % geschätzt. Dies wohl auch, weil sie zu den Ärmsten gehörten und die für ein Visum – solange das überhaupt möglich war – nötigen Mittel fehlten. Aber nicht nur in Deutschland, auch von den Verbündeten wurden Roma und Sinti verfolgt und ermordet, in Jugoslawien, Frankreich, Italien, Ungarn. Insgesamt fielen geschätzte 300–600.000 Roma und Sinti dem Naziteror zum Opfer.

Entschädigung gab es nach 1945 kaum, dafür ging die Diskriminierung weiter – auch weil die Täter oft im Amt blieben, teil-

alen Aufstieg ermöglichte. Es gab aber auch eine erzwungene Sesshaftmachung und eine Fortsetzung der Diskriminierung. Nach der Restauration des Kapitalismus gehörten Roma zu den ersten Opfern von Jobverlusten und sozialem Abstieg.

Von außen erzwungene „Wanderungen“ gab es im Zuge der Jugoslawienkriege, wo viele der Flüchtlinge nach Westeuropa Roma waren. Viele von ihnen leben seither in Westeuropa und sind immer wieder Opfer der Abschiebepolitik. Aber nicht nur die Vertreibung aus der neuen Heimat, sondern auch Verfolgung, bis hin zur Ermordung von Roma und Sinti kommen wieder häufiger vor. Im Februar 1995 wurden vier Roma in Oberwart/Burgenland bei einem Rohrbombenattentat getötet. Die dramatische soziale Lage der österreichischen Roma und Sinti ging damals durch die Medien. Angriffe und Berichte über die triste soziale Lage gibt es in ganz Europa.



Die Politik reagiert – zumindest formal: Wir befinden uns im „Jahrzehnt der Integration der Roma 2005–2015“, 2011 hat die Europäischen Kommission den „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ fixiert und der österreichische Ministerrat hat 2012 einen Beschluss zu seiner Umsetzung gefällt. Doch selbst die EU hat festgestellt, dass es zwar viele Beschlüsse und Vorschläge gibt, „sich an der Alltagssituation der meisten Roma wenig geändert [hat]“. Was logisch ist, da der Kern des Problems ein soziales ist. Die Arbeitslosigkeit bei Roma liegt in Kosovo/a bei fast 100 % – aber die Gesamtarbeitslosigkeit ebenfalls bei 45 %. Ist es da verwunderlich, wenn sich Menschen auf den Weg in andere Länder machen, um dort Arbeit zu finden? Und dass manche betteln, wenn sie keine Arbeit finden, kann auch wenig verwundern. Wobei die gesamte Betteldebatte eine verlogene ist. Nicht nur, dass Menschen für ihre Armut bestraft werden, es wird mit rassistischen Klischees und Vorurteilen gearbeitet. Es geistert eine „Bettelmafia“ durch die Medien. Für die gibt es aber, wenn konkret untersucht wird (wie eine jüngst in Salzburg veröffentlichte Studie zeigt), außer den Behauptungen der Politik wenig Anhaltspunkte. Und dass Politiker viel erfinden, um ihre rassistische Politik zu rechtfertigen, ist bekannt.

Natürlich gibt es überbelagte Wohnungen, in denen oft mehrere Familien

auf engstem Raum zusammenleben – mit allen Problemen. Doch das liegt nicht daran, dass Roma und Sinti das so mögen, sondern dass sie wenig Geld haben und oft bei der Wohnungssuche diskriminiert werden. TrägerInnen von „typischen“ Roma-Namen“ oder Menschen die „so aussehen“, werden auch in Österreich 2013 bei Wohnen, Jobs, Lokalbesuchen diskriminiert.

In ganz Ost- und Südosteuropa hat sich die soziale Lage seit der Rückkehr des Kapitalismus verschlechtert. Menschen am Rand der Gesellschaft sind davon natürlich besonders betroffen – also auch Roma. So können 85 % der Romahaushalte in dieser Region keine ausreichende Ernährung sicherstellen. Die Kindersterblichkeit ist bei Roma und Sinti 2–6 mal höher – nicht, weil sie weniger auf ihre Kinder aufpassen, sondern weil das Gesundheitswesen insgesamt zusammengeknickt wird und die Ärmsten davon besonders betroffen sind.

Ähnlich beim Beispiel Bildung: Wo es die Möglichkeit für Bildung gibt, wird diese in der Regel auch angenommen: Nur 14 % der Roma und Sinti brechen den Schulbesuch ab, weil „das Kind genug kann“ (aber 23 % der Gesamtbevölkerung). In Frankreich wurde die 15jährige Roma Leonarda Dibrani bei einem Schulausflug abgeholt, um sie abzuschicken – das führte zu Protesten in ganz Frankreich. Auch bei der

Bildung ist es eine soziale Frage: 51 % der Roma und Sinti (41 % der Gesamtbevölkerung) müssen die Schule aus Kostengründen abbrechen. Bezeichnend auch, dass ältere Roma und Sinti besser ausgebildet sind und die Alphabetisierungsrate niedriger ist als bei jüngeren: eine direkte Folge des Kapitalismus und seiner Kürzungspolitik in den ehemaligen stalinistischen Staaten. Doch auch eine rassistische Politik des Staates kommt hier zum Tragen, wenn z.B. in Tschechien Roma-Kinder oft einfach in Sonderschulen abgeschoben werden – so wie es in Österreich lange mit „Ausländer-Kindern“ gemacht wurde.

Roma und Sinti gehören nach wie vor zu den ärmsten Schichten der Bevölkerung. Sie sind von der Sozialabbaupolitik und der zunehmenden Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Sie sind nicht „anders“ – sie sind arm. „Die Sinti und Roma erscheinen auch als Stellvertreter eines regelrechten Hasses gegen die Armen bzw. jene, die man mit Armut assoziiert. Soziales Elend mag existieren, soll aber bitte nicht sichtbar sein. Durch den Antiziganismus wird eben nicht Mitgefühl, oder im besseren Falle Solidarität, für die von Armut oder Diskriminierung betroffenen geschaffen, sondern Verachtung und Hass erzeugt, auch bzw. besonders, wenn sich die Betroffenen wehren.“ schreibt der deutsche Sozialist Daniel Pannicke völlig korrekt.

Sonja Grusch



Marx aktuell

Die Begriffe sind unklar und ähnlich. Letztere bedeutet mehr als formelle „StaatsbürgerInnenschaft“. Bei Volk und Ethnie besteht große Überschneidung, weshalb wir „Ethnie“ verwenden. Das auch, da oft „Volk“ als reaktionärer Kampfbegriff im Sinne einer „Volksgemeinschaft“ ohne Klassenwidersprüche verstanden wird. Die verschiedenen Zuschreibungen von Ethnien und Nation entsprechen konkreten historischen Situationen und den ökonomischen Produktionsverhältnissen, spiegeln aber auch ideologische Vorstellungen wieder. Sie sind weitreichend willkürlich und v.a. veränderlich und haben Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft.

Dennoch macht es oft Sinn, eine solche Einteilung als Ausgangspunkt anzuerkennen und es gibt kulturelle Traditionen, die bewusst erhalten werden. Sowohl für „Ethnie“ als auch „Nationalität“ wer-

"Volk", "Ethnie", "Nation" und "Nationalität"...

den Merkmale wie Sprache, Traditionen, Lebensweise, Religion(szugehörigkeit), Äußerlichkeiten wie Hautfarbe und die Geographie herangezogen.

Die Schaffung moderner Nationalstaaten war ein Ergebnis der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Eine „Nationalität“ war verbunden mit der Entstehung der Nation als Grundlage für die Überwindung des Feudalismus. Eine geographische Abgrenzung wirkte begünstigend; ebenso wie eine kulturell bzw. ideologisch gewachsene Identität in der Hochphase der bürgerlichen Revolutionsperiode (Ende 18. bis Mitte 19. Jahrhundert).

„Aus dem Völkergewirr des frühesten Mittelalters entwickelten sich nach und nach die neuen Nationalitäten, ein Prozess, bei dem bekanntlich in den meisten ehemals römischen Provinzen die Besiegten den Sieger, der Bauer und Städter den germanischen Herrn sich assimilierten. Die modernen Nationalitäten sind also ebenfalls das Erzeugnis der unterdrückten Klassen ... Die Sprachgruppen einmal abgegrenzt ... war es natürlich, dass sie der Staatenbildung zur gegebenen Grundlage dienten, dass die Nationalitäten anfangen, sich zu Nationen zu entwickeln“ (F. Engels, Über den Verfall des Feudalismus, 1884).

Da diese Punkte bei Roma & Sinti nicht zutreffen ist die Beschreibung als Ethnie bzw. ethnische Minderheit sinnvoll. Die geographische Zersplitterung ist ein wichtiger Faktor. Eine „Nation-Werdung“ ist praktisch ausgeschlossen. Auch angesichts der immer größer werdenden Probleme des Kapitalismus weltweit ist die Entstehung eines neuen lebensfähigen Nationalstaates, fragmentiert und zwangsläufig auf Kosten anderer, extrem unwahrscheinlich.

Der abwertende „Zigeuner“-Begriff wird auch dann von den Herrschenden verwendet, wenn es um Hetze gegen jene geht, die sich nicht den bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen unterordnen. In Klassengesellschaften sehen sich viele Ethnien immer wieder Benachteiligungen (der Teile/Herrsche-Politik) sowie Intoleranz ausgesetzt. MarxistInnen stellen sich gegen Zwangsassimilierung. Jede frei gewählte und selbstbestimmte Form zu leben und sich kulturell auszudrücken muss gegen bürgerliche Zwangsnormen verteidigt werden. Es wäre demnach auch für Roma & Sinti ein erstrebenswertes Ziel, das herrschende System zu überwinden, in dem sie mehrheitlich mit Armut konfrontiert sind und zu Sündenböcken für wirtschaftliche Krisen gemacht werden.

Georg Kumer und Franz Neuhold



Vom Dasein am Rande zum aktiven Kampf

Nur wenige Debatten sind derart vorurteilsbeladen wie jene über Roma und Sinti. Meist wird ausschließlich im Zusammenhang mit Kriminalität und einer vermeintlichen Bettelmafia diskutiert. Mit Blick etwa auf Ungarn be-

oft zentrale Rolle im Widerstand gegen die deutsche Besatzung. Der Vernichtungs-Antiziganismus der Nazis führte dazu, dass sich tausende den PartisanInnen anschlossen. In Jugoslawien hatten sie in der Volksbefreiungsarmee eine

dustriell und politisch unterentwickelten Regionen Osteuropas, in denen auch die ArbeiterInnenbewegung lange schwach war. Die Aufhebung der Sklaverei (!) von Roma in Rumänien Mitte des 19. Jahrhunderts führte zu einer Mig-

nehin langsamen und widersprüchlichen Integrationsprozess und zwang Roma und Sinti wieder an den Rand der Gesellschaft. Eine kleine Schicht, die sich in den vorherigen Jahrzehnten etabliert hatte, stellte in Folge eine intellektuelle und politische Elite dar. Von dieser werden auch die meisten Roma und Sinti-Organisationen, die sich für die Rechte der Minderheit einsetzen, getragen. So wichtig dies ist, eine Verbesserung der bestehenden Situation wurde so bisher noch nicht erreicht.

Es gibt aber sehr wohl von unten organisierten oder spontan auftretenden Widerstand von Roma und Sinti. 2004 kam es zu einer Hungerrevolte tausender slowakischer Roma. Ebenso sind Roma und Sinti Teil von allgemeinen Protesten gegen die – nicht nur für sie, aber für sie besonders – dramatische soziale Lage in den osteuropäischen Ländern.

Die soziale Krise infolge des Zusammenbruchs des „Ostblocks“ hat eine neue Welle rechtsextremer und neonazistischer Parteien an die Oberfläche gespült. Diese treten oft mit brutaler Militanz gegen Roma, Juden/Jüdinnen etc. auf.

Eine Reihe von Morden in Ungarn, Slowakei, Bulgarien durch FaschistInnen und das (teils wohlwollende) Schweigen des Staates haben zu einer Welle von selbstorganisiertem Widerstand geführt. 2012 machte der ungarische Rom Ferenc Bagó Schlagzeilen, als er die Gründung einer Roma-Garde ankündigte, um „Roma, Juden und alle sich bedroht fühlenden Minderheiten auf Anforderung [zu] beschützen, bis die Polizei eintrifft.“ Angesichts der zahlreichen Morde durch Jobbik-Faschisten absolut notwendig. (Der ungarische Staat, der die Roma nicht schützt, war rasch zur Hand, um die notwendige Selbstverteidigung zu verhindern!)

Ebenfalls positiv ist, dass Naziaufmärsche in Roma und Sinti-Vierteln, wie zuletzt im Sommer in Prag, durch aktiven Widerstand der BewohnerInnen teilweise verhindert werden konnten. Doch sollten die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung dabei nicht abseits stehen, sondern aktiver Teil dieser Kämpfe sein und den Kampf für die Rechte von Roma immer auch mit sozialen Forderungen verbinden.

Jan Rybak

Angesichts von Verarmung und Verfolgung zeigt und zeigt sich immer wieder Widerstand von Roma und Sinti

klagen viele den rabiaten Rassismus von Rechtsregierung und faschistischer Opposition – Roma und Sinti bleiben aber Objekte der Debatte. Sie werden auf die Rolle als arme Opfer oder als folkloristische KünstlerInnen reduziert. Ernst genommen werden sie – auch von den gutmeinenden – selten. Das ist aber notwendig und die Geschichte zeigt nicht wenige Fälle aktiven Widerstands und selbstbewusstem Kampfes von Roma und Sinti für ihre eigenen Rechte und als Teil des Kampfes für allgemeine soziale und demokratische Rechte.

Vor allem in der Sowjetunion, Bulgarien und Jugoslawien spielten sie eine

zentrale Rolle, gingen jedoch in die jugoslawische Geschichtsschreibung nur als kämpfende KroatInnen, SerbInnen etc. ein. Es gab auch selbständige Widerstandsgruppen, wie jene von Walter Catter, die vor allem in Venetien operierte. Die Erinnerung an den Widerstand von Roma und Sinti wurde auch wegen des weit verbreiteten Antiziganismus kaum gewürdigt. In Frankreich wurden die von den Nazis errichteten „Zigeuner“-Lager oft nach der Befreiung des Landes sogar weitergeführt, die Häftlinge teils erst 1946 entlassen.

In der ArbeiterInnenbewegung haben Roma und Sinti eine geringe Rolle gespielt. Sie lebten meist in in-

igrationswelle nach Westen. Die rassistische Gesetzgebung der westlichen Regierungen gegen das „Zigeunerunwesen“ verunmöglichte die Integration in die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und isolierte viele Roma und Sinti von der ArbeiterInnenbewegung. Das änderte sich erst (teilweise) mit den Umwälzungen in Osteuropa nach 1945. Die herrschende stalinistische Bürokratie setzte zwar auf ihre Integration in den Produktionsprozess, hielt aber gleichzeitig die ethnische Diskriminierung auch aus dem Prinzip „Teile und Herrsche“ aufrecht.

Die kapitalistische Restauration beendete den oh-

Rechte Gewalt nimmt zu

Rechte Gewalt erlebt eine unerfreuliche Renaissance in Österreich. Ob die neo-nazistische Gruppe "Objekt 21" (von der einige vor Gericht standen), Hakenkreuz- und NS-Schmierereien oder der alltägliche Rassismus: Diese Vorfälle nehmen zu und gehen mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft vom rechten Rand einher.

Gleichzeitig fantasiert der Verfassungsschutzbericht von einem geringen Ausmaß an Aktivitäten. Rechtsextrem motivierte Vandalismusakte in Wien und v.a. Salzburg zeigen jedoch, wie die Realität aussieht. Rund 70 Stolpersteine (Gedenksteine für die Opfer des Nationalsozialismus) wurden beschmiert. Darüber hinaus wurden am Jahrestag der Novemberpogrome die Schlösser der Synagoge in Salzburg verklebt, die schon vorher mehrmals beschädigt worden war. Ebenfalls zum Jahrestag kam es auch in Wien und Kärnten zu Nazi-Schmierereien.

Aber nicht nur in Salzburg, sondern österreichweit und über die Grenzen hinaus ist verstärkte Gewaltbereitschaft vom rechten Rand spürbar. In Griechenland ermorden die Faschisten Menschen, in Österreich ist es noch nicht so weit. Aber am 27. Oktober stürmten 30 Rechts-

radikale die Räumlichkeiten des türkischen Migrantenvereins ATIGF. Zum Zeitpunkt des Angriffs waren Kinder anwesend. Nur durch ein entschlossenes Auftreten der anwesenden Linken und GewerkschafterInnen konnte Schlimmeres verhindert werden. Von Seiten der Polizei hieß es, ein politischer Hintergrund müsse „erst noch überprüft werden“.

Solche Aussagen sind nicht die Ausnahme. Sie zeigen, dass Behörden und Polizei Neonazis kaum behindern.

Sie fühlen sich sicher und zeigen wieder Selbstbewusstsein. So etwa auch bei den Aktivitäten der „Identitären“. Als diese Anfang 2013 die Votivkirche „besetzten“, wo die Flüchtlinge lebten, schritt die Polizei nicht ein.

All das lässt nur eine Schlussfolgerung zu. Wir können uns nicht auf den Staat verlassen. Es ist notwendig, dass wir uns selbst gegen die rechte Gefahr organisieren. So hat sich etwa in Salzburg die überparteiliche „Plattform gegen Rechts“ mit Beteiligung der SLP gebildet. Nur mittels einer breiten antifaschistischen Front unter ArbeiterInnen und Jugendlichen können wir uns vor der stärker werdenden rechtsextremen Bewegung schützen. **Stefan Reifberger**



Zentralmatura? Nein, danke!

Ab Sommer 2015 soll die standardisierte, kompetenzorientierte Reifeprüfung durchgeführt werden.

Die LehrerInnen haben zwei Möglichkeiten: Entweder sie beziehen die Interessen und Bedürf-

the, sondern nur das Ergebnis. Letztendlich müssen SchülerInnen sich so viel wie möglich an Detailwissen aneignen, um alles bei einer Prüfung wiederzugeben – und danach zu vergessen.

Es ginge auch anders: fächerübergreifende Projekte, in die Jugendliche in der Praxis das Erlern-te einbringen, statt Stress und Lern-Bulimie. Junge Menschen würden kritisch herangezogen werden, anstatt zu lernen, wie man gehorcht und zu funktionieren hat. Individualität würde gefördert und nicht unterdrückt werden. Aber das sollen wir aktuell ja gar nicht!

Sedef Yavuz

Zentralmatura und „kompetenzorientiertes Lernen“ – ein Widerspruch!

den. Mittlerweile wurde sie in der Praxis getestet. Es gab Schularbeiten, oder auch Probe-Reifeprüfungen, deren Ergebnisse sind allerdings katastrophal. Meistens fielen ein Großteil der SchülerInnen durch. Sind Österreichs LehrerInnen und SchülerInnen unfähig? Nein, es liegt an dem System, das nicht auf „Verständnis lernen“ basiert.

nisse der SchülerInnen ein, gestalten es interessant. Oder sie peitschen den Stoff durch, um den Jugendlichen eine Chance auf eine positive Reifeprüfung zu geben und bleiben eng am Lehrplan.

Die Zentralmatura ändert das unfaire Notensystem nicht, sie macht es noch schlimmer. Nicht der Weg zählt z.B. in Ma-

SchülerInnen können kämpfen!



SchülerInnen haben oft bewiesen, dass sie in der Lage sind, erfolgreiche Kämpfe gegen Kürzungen umzusetzen. So gab es in den 90er Jahren Streiks der SchülerInnen und 2000 einen politischen Schulstreik gegen blau-schwarz. Der Höhepunkt folgte 2009: Über 60.000 SchülerInnen beteiligten sich an Demonstrationen im Rahmen eines bundesweiten Schulstreiks gegen die geplante Ausweitung der Lehrverpflichtung und die Streichung schul-

autonomer Tage. Beide Verschlechterungen wurden erfolgreich zurückgedrängt.

Dieser Kampfgeist zeigt sich jetzt wieder: Die SchülerInnen des Wiener BRG Marchettigasse riefen am 25.11. zum schulinternen Streik gegen die undurchsichtige Zentralmatura und deren unfairen Benotung auf, am 12.12. folgt eine wienweite Demonstration. Und sie wissen genau was sie tun!

Gabriel Winkelmüller

Fundstück des Monats Studieren dank Gusi?



In Kärnten gibt es das „Alfred Gusenbauer“-Stipendium. Voraussetzung: Sozial- oder Wirtschaftswissenschaftsstudium im Ausland. Die Jury: u.a. Gusenbauer, LH Kaiser und Peter Haselsteiner. Gibt's Pluspunkte für Diktatoren-Beratung (Gusi in Kasachstan)? Zerstörung natürlicher Ressourcen (Gusi in Rumänien)?



Kshama Sawant, Aktivistin von Socialist Alternative (Schwesterorganisation der SLP in den USA) wurde in den Stadtrat von Seattle gewählt. „Vorwärts“ interviewte **Jess Spear**, die mithalf, die Kampagne zu koordinieren.

Euer Wahlerfolg wird in zahlreichen Medien als „Historisch“ bezeichnet – warum?

Wir waren die erste sozialistische Wahlkampagne in Seattle seit 30 Jahren,

einer Kampagne zu gewinnen, die sich nur auf ArbeiterInneninteressen stützte, keine Unternehmensspenden annahm und die nicht nur unabhängig von den Demokraten antrat, sondern sich als offen sozialistisch präsentierte.

Was waren eure zentralen Forderungen und wie habt ihr sie präsentiert?

Unsere Hauptforderungen konzentrierten sich

hart daran gearbeitet, den ArbeiterInnen und UnterstützerInnen der Kampagne klarzumachen, dass dies ein langer Kampf wird, dass sie weiter aktiv bleiben müssen. Egal wo wir hinkamen, unsere Kampagne wurde positiv aufgenommen. Egal ob wir auf der Seattle Pride marschierten, vor einer Moschee Flyer verteilten oder auf all den KandidatInnen-Hearings: Überall waren die Menschen fasziniert von der Kampagne.

hatten wir plötzlich zwei Dutzend High School-SchülerInnen, die sich freiwillig meldeten. Viele von ihnen sahen ihre Beteiligung an der Kampagne als Beitrag, Geschichte zu schreiben. Zurecht.

Was werden eure nächsten Schritte sein?

Gerade konzentrieren wir uns auf die 15 \$-Mindestlohnkampagne. In einer Nachbarstadt, Seatac, er-

Was bedeutet der Sieg im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, eine Alternative zu den zwei Parteien des Big Business im ganzen Land aufzubauen?

Eine neue Umfrage zeigt, dass 60 % der US-AmerikanerInnen denken, dass das Zwei-Parteien-System nicht funktioniert und wir eine dritte Partei brauchen. Socialist Alternative ruft andere sozialistische Organisationen, die Green Party und

Bei den Wahlen am 6.11.2013 schaffte die Sozialistin Kshama Sawant den Einzug in den Stadtrat von Seattle/USA.

die es über die Voraussetzungen für die Stadtratswahlen schaffte, und die erste seit über 100 Jahren, die einen Sitz im Rat erreichte. In diesem Sinne war dies also historisch. Es gibt einen wachsenden Hunger nach einer politischen und ökonomischen Alternative zum Bestehenden. Wir haben ein Zwei-Parteien-System, das völlig kaputt und unfähig ist, grundlegende Leistungen für die Bevölkerung zu garantieren. In diesem Kontext konnten wir der steigenden Wut Ausdruck geben und Wege aufzeigen, wie wir Dinge radikal ändern können.

Die Kampagne war auch historisch, weil sie zeigte, dass es möglich ist, mit

darauf, die Stadt leistbar für alle zu machen, zum Beispiel: 15 \$ Mindestlohn, leistbares Wohnen und Mietdeckelungen sowie eine Millionärssteuer, um Bildung und öffentlichen Verkehr zu finanzieren. Wir verbündeten uns mit streikenden Fast Food- ArbeiterInnen. Unsere Kampagne wurde die 15 \$-Kampagne.

Kshama wiederholte immer wieder, wie wichtig es ist, dass normale Menschen sich einbringen. Es gibt die Illusion in den USA, dass Wahlen Wandel bedeuten. Wenn du 15 \$ Mindestlohn haben willst, wähl Kshama Sawant. Die macht das für dich. Wir waren uns dessen bewusst und haben

Wie baute sich die Kampagne auf?

Unsere Kampagne inspirierte. Das war die häufigste Antwort, die ich bekam, wenn ich Freiwillige fragte, warum sie dabei sind. Für sie war es völlig klar. Du willst, dass diese Art Politik sich gegen die Politik der Banken und Konzerne durchsetzt? Dann tu was dafür. Nach den Voraussetzungen kontaktierten uns rund um die Uhr Menschen und fragten, wie sie helfen könnten. Wir organisierten Freiwilligen-Trainings. High School-SchülerInnen müssen von der Schule aus in ihrem letzten Jahr bei einer Kampagne mitarbeiten – also

reichte eine Initiative eine Volksbefragung über einen 15 \$-Mindestlohn für Flughafen- und HotelarbeiterInnen und gewann. Gemeinsam mit unserer Kampagne hat das das Thema enorm populär gemacht. Wir arbeiten mit Gewerkschaften zusammen, um Anfang nächsten Jahres eine Kundgebung mit 10.000 Menschen zu organisieren. An ihrem ersten Tag im Amt wird Kshama einen Antrag auf 15 \$ Mindestlohn einbringen. Allerdings glauben wir nicht, dass die anderen Mitglieder des Stadtrats dem Antrag zustimmen werden. Deswegen wollen wir Unterschriften für eine Volksbefragung 2014 sammeln.

unabhängige Linke dazu auf, 2014 Kampagnen wie unsere zu starten. 100 unabhängige, linke Kampagnen 2014 wären ein Riesenschritt nach vorne und könnten Millionen inspirieren. Nur durch die Stärke vereinter Bewegungen können wir beginnen, die Kürzungen zurückzuschlagen, eine unabhängige ArbeiterInnenpartei schaffen und den Kampf für eine gerechtere und nachhaltigere, für eine sozialistische Welt ausweiten.

Das Interview führte Sebastian Kugler

<http://www.socialistalternative.org>

Freihandelsvertrag stoppen!

Die EU und die USA verhandeln im Moment ein Freihandelsabkommen, das unter dem Namen "Transatlantic Trade and Investment Partnership" (TTIP) läuft. Die Verhandlungen laufen geheim ab, aber einige Details über den Inhalt wurden geleakt. TTIP beinhaltet Angriffe auf ArbeiterInnenrechte sowie den KonsumentInnen- und Umweltschutz. Wie bei Freihandelsabkommen üblich, sollen Regulierungen „harmonisiert“, d.h. den für die Unternehmen günstigsten und die ArbeitnehmerInnen schlechtesten Standards angeglichen werden.

Hintergrund ist die krisenbedingte Suche nach neuen Profitmöglichkeiten. Die Entwürfe beinhalteten mehrere Paragraphen über "geistige Eigentumsrechte". Das ist wohl eine Neuauflage von ACTA, das letztes Jahr von einer Massenbewegung gestoppt worden war. Der weitestreichende Teil von TTIP ist jedoch der sogenannte „dispute settlement mechanism“. So würde eine Art übernationaler Gerichtshof geschaffen, wo Investoren Regierungen für Gesetze, die ihren Profiten schaden, verklagen können. Ein Präzedenzfall ist der Fall Philipp Morris gegen Australien: Der Tabakkonzern hat auf Basis des Freihandelsabkommens

Australien-Hong Kong die australische Regierung wegen neuen Tabakgesetzen verklagt.

Wenn die Krise anhält oder sich weiter vertieft, wird die herrschende Klasse in Europa und den USA TTIP benutzen, um ArbeiterInnenrechte und Lebensstandards weiter auszuhöhlen. TTIP bedeutet eine weitere Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie und ist auch eine Waffe gegen eventuelle linksreformistische Regierungen – wenn z.B. eine Syriza-Regierung Verstaatlichungen umsetzt, könnte sie von Konzernen auf Strafzahlungen verklagt werden.

Es ist dringend nötig, den Kampf gegen TTIP zu organisieren. Eine Massenkampagne gegen TTIP müsste Proteste, Demonstrationen und Streiks beinhalten. Die Niederlage von ACTA letztes Jahr zeigt, dass das möglich ist. Wir können uns nicht auf bürgerliche PolitikerInnen verlassen. Damit dieser Kampf erfolgreich ist, müssen wir neue Parteien aufbauen, die die Interessen der ArbeiterInnen wirklich vertreten. Sie könnten nicht nur den Kampf gegen das Freihandelsabkommen entschieden führen, sondern auch die Frage einer sozialistischen Gesellschaft auf die Tagesordnung setzen. **Brettros**



Kapitalismus und Katastrophen

Bereits vor Eintreffen des Sturms auf den Philippinen war klar, wann der Taifun welche Inseln treffen würde. Doch viele

weil zuerst den Wohlhabenden geholfen wird, weil Hilfe nicht bei den Notleidenden ankommt. Bei Katrina 2005 wurden

der Wandel eine Zunahme von Wetterextremen (Stürme, Dürren). In der Krise versuchen Staaten, ihre eigene Wirtschaft zu

Verwüstung, Zerstörung, massenhafte Tote: „Haiyan“ als unvermeidliche Naturkatastrophe?

Menschen wurden nicht gewarnt oder hatten keine Schutzräume. In scharfem Kontrast zur Hilfsbereitschaft einfacher Menschen stand die Knausrigkeit der KapitalistInnen. Auch wenn Erdbeben und Tsunamis nicht vom Kapitalismus verursacht werden: Er macht sie zur vermeidbaren Katastrophe. Weil Frühwarnsysteme nicht eingesetzt werden, weil in armen Gegenden die Bau-substanz schlechter ist,

die Massen im Superdome dürrig notversorgt, während im noblen Hyatt Hotel die Reichen untergebracht, bekocht und als erste evakuiert wurden. 2004 hat die Sri Lankesische Regierung Lieferungen wochenlang aufgehalten und dann an ihre Klientel verteilt.

Bei der jüngsten Klimakonferenz setzten Staaten ihre Klimaziele sogar herab. Laut KlimaforscherInnen verursacht der Kli-

schutz, um Profite zu sichern. Es ist eine Illusion zu hoffen, dass sie eine gemeinsame Lösung finden. Die einzige Möglichkeit, den Klimawandel zu verlangsamen, ist es, den Kapitalismus sofort abzuschaffen und durch eine international demokratisch geplante Wirtschaft zu ersetzen. Die Zeit drängt – und es stehen Menschenleben auf dem Spiel!

Laura Rafetseder

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Nigeria: Arbeitsbedingungen

Am 11.10. begann der Streik der ArbeiterInnen der in Nigeria ansässigen Firma „Dura Pack“. Das ist eine von zahlreichen chinesischen Firmen der Lee Gruppe in Nigeria, bekannt für extrem ausbeuterische Bedingungen. Gefordert wird: das Recht auf die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsplatzsicherheit, Urlaub und das Recht auf Krankenstand. Democratic Socialist Move-

ment (CWI in Nigeria) und die "Campaign for Democratic and Workers' Rights" (CDWR) unterstützen den Streik von Anfang an. Beide betonen, dass die Klagen der Gewerkschaft nicht reichen, sondern Solidaritätsstreiks nötig sind. Für den Fall einer Schließung der Fabrik fordern sie von der Regierung, diese zu übernehmen und sie von ArbeiterInnen demokratisch verwalten zu lassen.

www.socialistnigeria.org

BRD: „Rettet die Freibäder!“

Seit Monaten gibt es im deutschen Kassel eine Kampagne gegen die geplante Schließung von Freibädern in den Stadtteilen Harleshausen und Wilhelmshöhe. Bei einer Demonstration im September zogen rund 1.000 v.a. Jugendliche vor das Rathaus. Die rot-grüne Regierung weigert sich, Geld für die Sanierung der Freibäder auszugeben und spekuliert auf deren baldige Schließung. Simon Aulepp, Stadtverord-

neter der Fraktion Kasser Linke und Mitglied der SAV (CWI-Deutschland), ist auch Teil der außerparlamentarischen Kampagne mit Plakat- und Unterschriftenkampagne und stellt den Schulterschluss mit u.a. Protesten gegen Schulschließungen her. Als ersten Erfolg kam es bei der Bürgerversammlung am 14.11. zu einem Kompromiss – da er wackelig ist, wird die Kampagne wohl weitergehen.

www.sozialismus.info

EU-Wahlen

Bei den kommenden EU-Wahlen tritt Paul Murphy von der Socialist Party erneut in Dublin/Irland an, um seinen Sitz zu verteidigen. In den letzten Jahren hat Paul u.a. Kampagnen für das Recht auf Abtreibung und gegen die Sparprogramme initiiert. Es ist nicht zu verstehen, warum Brid Smith von der SWP (Schwesterorganisation der Linkswende) das gefährdet, indem er im gleichen Wahlkreis antritt.

www.socialistparty.net



„Wenn Dein starker Arm es will...“

*„Es gibt keine ArbeiterInnenklasse mehr“ will man uns weismachen.
In Wirklichkeit ist sie stark aufgesplittert.*

Die in den 1980er Jahren eingeläutete „Deindustrialisierung“ betraf auch Österreich. Schon Anfang der 1990er Jahre hatte die Fernsehserie „Ein echter Wiener geht nicht unter“, die das Schicksal der Proletarierfamilie Sackbauer beschreibt, für jüngere Zuseher weitgehend exotisch-skurilen Charakter: „Sowas gibt's heut' ja gar nicht mehr“.

Tatsächlich schien alles dafür zu sprechen. So sank der ÖGB-Organisationsgrad der unselbständig Beschäftigten von 62,8 % (1970) auf 46,9 % (1980) und betrug 2010 gar nur mehr 28,1 %. Laut WKO waren 2012 von 2.272.260 unselbständig Beschäftigten nur 630.160 im Sachgüterbereich tätig – und davon waren nur 374.012 ArbeiterInnen.

Heißt das nun tatsächlich, dass es die ArbeiterInnen als Klasse nicht mehr gibt, dass jedeR als „Ich-AG“ im Dienstleistungsbereich seines/ihrer eigenen Glückes Schmied sei und somit von der Knechtschaft der schnöden Lohnarbeit befreit?

„Die wesentliche Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisie ist die

Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich.“ (Marx / Engels: Manifest der Kommunistischen Partei)

Diese auch global(isiert) Konkurrenz nutzte das von Reagan, Thatcher und Kohl geförderte Wirtschaftsmodell des Neoliberalismus. Der Nachkriegsaufschwung war vorbei, es wurde schwerer, Geld gewinnbringend zu investieren. Um dem entgegenzuwirken, mussten die Arbeitskosten reduziert werden. Durch Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer und Schwächung der ArbeiterInnenbewegung „dahin“. So wurden in den Industrienationen große Betriebseinheiten filetiert, einzelne Bereiche ausgelagert, privatisiert und/oder geschlossen. So fanden sich die früher in einem einzigen Betrieb versammelten Belegschaften nun als vereinzelte MitarbeiterInnen vieler Einzelunternehmen wieder. Wohl

auch deswegen drängte 2012 die Unternehmerseite vor den Kollektivvertragsverhandlungen auf ein Branchen-Splitting der bis dahin geeint verhandelnden MetallerInnen.

Das alles hatte gemeinsam mit der Propagandawelle vom Ende der Geschichte auch Auswirkungen aufs Bewusstsein. JedeR wollte zur Mittelschicht gehören, keiner ein „Prolet“ sein. Anders ausgedrückt: Das Klassenbewusstsein sank parallel zum Grad der Industrialisierung und den fehlenden Klassenkämpfen.

Der Bedarf der Wirtschaft an Lohnarbeit ist seither freilich nicht gesunken. Er verlagerte sich im ehemals industrialisierten Westen in den Dienstleistungssektor und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Hier ist die Arbeitskraft billiger – weil oft ungelernt und/oder oft schlechter organisiert. Viele der „neuen Selbstständigen“ sitzen zumindest für eine Zeit der Illusion auf, selbstbestimmt zu sein und „es mit Fleiß zu was zu bringen“.

Zwar gibt es bis heute keine genaue statisti-

sche Erfassung, jedoch ergeben aktuelle Hochrechnungen, dass in Österreich zwischen 35 % und 45 % aller Berufstätigen in atypischen oder prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind: in unbezahlten Praktika, in befristeten oder sogenannten „freien“ Arbeitsverhältnissen und in Leiharbeit. Und das alles weitgehend unter Umgehung arbeitsrechtlicher Bestimmungen oder kollektivvertraglicher Regelungen. Der französische Soziologe Pierre Boudieu bezeichnet das als eine „Herrschaftsform, die auf der Errichtung einer zum Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen“. Es stellt zwar keine gänzlich neue Qualität in der Herrschaft des Kapitalismus dar, aber doch einen verkomplizierenden Faktor. Diese Veränderungen haben die Gewerkschaften im großen Ganzen schlicht – verschlafen. Zwar hat die GPA/djp schon vor Jahren die IG „work@flex“ zum Thema eingerichtet. Aber insgesamt zeigt sich der ÖGB eher rat- und tatlos:

„Flucht aus Arbeitsrecht durch atypische Beschäftigung ist zu verhindern ... Verhindern, dass ArbeitnehmerInnen in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden“, heißt es recht unbeholfen im aktuellen Leittrag.

Mit der Verschärfung der Krise und der Erfahrung, dass es nicht reicht, fleißig zu sein, verändert sich auch das Bewusstsein in diesem Teil der ArbeiterInnenklasse. Es kommt zu Organisation und auch zu Protesten. Dass auch atypisch beschäftigte ArbeitnehmerInnen gemeinsam etwas bewegen können, zeigte etwa der Streik beim Botendienst „Veloce“ von 2004. Es ist an der Zeit, dass sich alle, die nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft – egal, ob als ungewollt „freie Selbstständige“, atypisch Beschäftigte oder „Fixe“ – nicht nur eine „Klasse an sich“ sind, sondern sich auch als „Klasse für sich“ wahrnehmen. Denn die „Arbeiterklasse“ ist nicht tot.

Sie schläft nur noch ein bisschen.

Alexander Svojtko

SLP-Programm genau erklärt:

Durchschnittslohn für PolitikerInnen – gewählte VertreterInnen dürfen nicht mehr verdienen als die Menschen, die sie vertreten!

Um die horrenden Gagen von PolitikerInnen zu rechtfertigen, wird oft argumentiert, dass das hohe Gehalt nötig sei, um Korruption zu verhindern. Die Serie von Korruptions-skandalen zeigt, wie falsch

schlecht bezahlte wirklich harte Jobs geht, wie KindergärtnerInnen oder KrankenpflegerInnen? Die gewählten VertreterInnen des CWI – der irische Parlamentarier Joe Higgins, MEP Paul Murphy, und die zukünftige Gemeinderätin Kshama Sawant in Seattle – beziehen nicht mehr als einen Durchschnittslohn für ihre politischen Funktionen – der Rest wird für politische Arbeit verwendet. Nur wer nicht mehr verdient als die Menschen, die er/sie vertreten soll, kann auch mitempfinden, wie Maßnahmen wirken und wird sich nicht an den „Sachzwängen“ der Wirtschaft, sondern den Bedürfnissen von „normalen“ Menschen orientieren. Wer bei den Events der Wirtschaft tafelt, wird auch ihre Interessen umsetzen.

Hohe Gehälter verhindern Korruption sicher nicht.

„Unsere“ PolitikerInnen sind unbeliebter denn je – nicht nur, weil sie unsoziale Politik machen oder korrupt sind. Sie verdienen auch ein Vielfaches der Menschen, die zu vertreten sie vorgeben. Während es im Öffentlichen Dienst Nulllohnstunden gibt und wir uns fragen, wie mit dem Geld auskommen, schöpfen unsere „VolksvertreterInnen“ aus dem Vollen.

das ist. Ein weiteres Argument: ManagerInnen in der Privatwirtschaft würden weit mehr verdienen und „die guten Leute“ würden sich den PolitikerInnen-job sonst nicht antun. Das spricht Bände über die etablierten Parteien und ihr Naheverhältnis zur Wirtschaft – Vorstandsetagen und Parteigremien sind nicht selten austauschbar. Wo bleiben diese Argumente, wenn es um

30 Jahre "VORWÄRTS"!

Im Februar 1983 erschien die erste Ausgabe von „Vorwärts“ als „Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten“. Der Titel lautete „Für SPÖ-Alleinregierung“. In diesen 30 Jahren ist viel geschehen – politisch die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie, der Aufstieg des Rechtsextremismus und die Krise des Kapitalismus. Kommentiert und analysiert wurde das in

bisher 223 Ausgaben von Vorwärts (sowie zahlreichen Sondernummern), die alle auf www.slp.at nachzulesen sind. Vorwärts ist die inzwischen älteste, durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung in Österreich. Format und Layout haben sich mehrmals geändert, aber nicht die Prinzipien: unabhängig vom Kapital, parteiisch auf Seiten der Unterdrückten und jener, die sich wehren. Und

doch war Vorwärts niemals nur eine Zeitung, sondern immer auch eine Gruppe von Menschen, die gemeinsam für eine andere, eine gerechte, eine sozialistische Zukunft kämpfen.

Nimm das Jubiläum zum Anlass, Vorwärts zu abonnieren!

Nimm deine Wut über den täglichen Wahnsinn zum Anlass, um der SLP beizutreten!

Unterstützt den Aufbau des CWI in Budapest!

Im April 2014 sind Parlaments-Wahlen in Ungarn. Die UngarInnen haben die Wahl zwischen der rechtsextremen Regierungs- und Kürzungspartei Fidesz, der faschistischen Job-bik und einer Opposition, die mit der Troika den griechischen Weg einschlagen will. Kein Wunder, dass ca. 50 % gar nicht wählen gehen

wollen. Was fehlt, ist eine sozialistische und antirassistische Kraft, die den UngarInnen eine Alternative zu Orbán und der Troika anbietet und effektiven Widerstand organisiert. Wir unterstützen von Österreich aus den Aufbau einer Gruppe des CWI in Budapest. Das kostet: v.a. Fahrt- und Druckkosten. Unterstützt uns da-

bei! Alleine eine Strecke kostet ca. 25 €, 1000 ungarische Flugblätter kosten 45 €!

Spenden mit dem Verwendungszweck „Ungarn“ bitte auf:

PSK 8812.733
BLZ 60.000
IBAN: AT256000000000
8812733
BIC: OPSKATWW

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Stockwerk'
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
in der 'Libreria Utopia'
15., Preysingasse 26–28/1
(U3 Schweglerstraße)

SLP Wien-Nord
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria La Piazza'
20., Gaussplatz 7
(31 bis Gaussplatz oder
Nähe U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Mitte
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Kebab-Haus'
4., Operngasse 26
(Nähe Karlsplatz)

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at



Andere über uns



„An der Basis brodet es“, schrieb die Wiener Zeitung in Bezug auf den Kampf gegen das LehrerInnendienstrecht. In dem Artikel wird vom Protest der SLP bei der letzten Verhandlungsrunde berichtet, zu dem 100 KollegInnen kamen. SLP-Aktivist und Lehramtsstudent Sebastian Kugler kommt zu Wort und fordert einen entschiedenen Kampf gegen das LehrerInnendienstrecht und mehr Geld für Bildung statt für Banken.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: Alles inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



1 Jahr Flüchtlingsbewegung

Mehr auf Seite 5

Burschenschaften blockieren!

*Rechtsextreme spalten ArbeiterInnenklasse
– Gewerkschaftlicher Protest notwendig!*

Nach dem Treffen europäischer Rechtsparteien in Wien und der deutschen Burschenschaften in Innsbruck wird am 24.1.2014 das dritte rechtsextreme Vernetzungstreffen innerhalb kurzer Zeit in Österreich stattfinden.

Der ehemalige WKR-Ball, der aufgrund massiver Proteste sein wahres Gesicht unter dem Namen „Akademikerball“ verstecken musste, wird erneut von der FPÖ organisiert. Doch die neu gestrichene Fassade kann nicht darüber hin-

wegtäuschen, dass dieser Ball zusammenführt, was zusammengehört: deutsche Burschenschaften und rechtsextreme PolitikerInnen. Marie Le Pen, Markus Beisicht (pro Köln) oder Bruno Gollnisch (verurteilter Holocaustleugner) sind nur einige Namen rechtsextremer Kaliber, die im Laufe der Jahre zu Gast in der Hofburg waren.

Auf den Auswirkungen der Sparmaßnahmen in ganz Europa können Rechtsextreme ihren Erfolg aufbauen, durch den

sich Nazis und NeofaschistInnen sicher fühlen, wenn es um gewalttätige Angriffe gegen MigrantInnen und ArbeiterInnen geht.

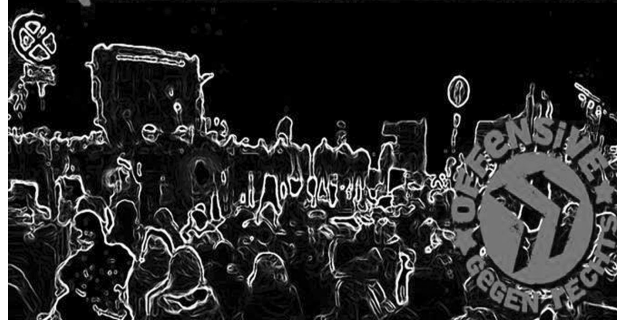
Deswegen ist es notwendig, den langjährigen Protest, für den 2013 die Gewerkschaften „Bau-Holz“ und „ProGe“ aufgerufen haben, noch größer und lauter auf die Straße zu tragen, um zu zeigen, dass rechtsextreme Ideologien weder in der Hofburg, noch sonst wo in Europa Platz haben.

Gabriel Winkelmüller

BURSCHENSCHAFTERBALL BLOCKIEREN »

DEMONSTRATION

24. JÄNNER 17:00 SCHOTTENTOR - UNI



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

- sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.